Antrag:

1. Die Verwaltung wird beauftragt, im Rahmen der anstehenden Finanzierungsvereinbarungen mit den freien Trägern eine Begrenzung von Plätzen für Kinder, die ihren Wohnsitz im Umland haben, wie folgt festzulegen:
2020/2021 max. 100 Kinder
2021/2022 max. 75 Kinder
2022/2023 und bis zum 31.12.2024 max. 50 Kinder.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, im Zusammenwirken mit den freien Trägern ein geeignetes Verfahren zu entwickeln.
3. Die Verwaltung wird beauftragt, diese Regelung mit den Umlandgemeinden abzustimmen.